

Skandal um sexuelle Nötigung in Frankreichs Regierungslager: Staatssekretär musste zurücktreten

Jetzt muss auch Frankreichs bürgerliches Regierungslager eine Affäre um sexuelle Nötigung in den eigenen Reihen bewältigen. Wegen diesbezüglicher Vorwürfe musste gestern, Sonntag, Georges Tron, der Staatssekretär für öffentlichen Dienst, zurücktreten.

Tron steht im Verdacht, als Bürgermeister der Kleinstadt Draveil im südlichen Pariser Einzugsgebiet, mehrere junge, weibliche Rathausangestellte zu Sexspielen gezwungen zu haben. Zwei ehemalige Gemeindebedienstete haben in der Vorwoche Anzeige erstattet. Die Staatsanwaltschaft hat eine Voruntersuchung wegen des Verdachts auf „sexuelle Aggression und Vergewaltigung“ angeordnet.

Die Vorfälle sollen sich zwischen 2007 und 2010 ereignet haben. Die beiden Klägerinnen junge, alleinstehende Mütter, erklärten, sie hätten sich zuvor, auf Grund ihres beruflichen Abhängigkeitsverhältnis und der Macht von Tron nicht getraut, gegen ihren Peiniger juristisch vorzugehen. Bei einer ersten Kontaktaufnahme mit einem Anwalt, habe dieser ebenfalls von einer Anzeige als „aussichtslos“ abgeraten. Jetzt aber, unter dem Eindruck des Gerichtsverfahrens gegen Dominique Strauss-Kahn in den USA, hätten die beiden Frauen Mut gefasst. „Ich habe mir gesagt: Wenn eine eingewanderte Putzfrau in einem Hotel den Mut aufbringt, sich einem der mächtigsten Politiker der Welt zu widersetzen, kann ich nicht länger schweigen“, erklärte eine der Klägerinnen gegen Tron.

Als Einstieg für die von Tron erzwungenen Sexspiele, bei denen auch immer die Vizebürgermeisterin von Draveil beteiligt gewesen sein soll, hätten jeweils Fußmassagen durch den Bürgermeister gedient. Der 53 jährige Politiker und Arzt gilt als Spezialist naturnaher und sanfter Therapien, darunter der so genannten „Reflexologie“, bei der Körperteile durch Massage stimuliert werden. Unter diesem Vorwand soll Tron auch mehreren attraktiven Bürgerinnen von Draveil, denen er am Markt begegnete, „Fußmassagen“ angeboten haben. „Sein Fußfetischismus war stadtbekannt“, behauptete eine von Journalisten befragte Einwohnerin.

Tron hat bisher diese Vorwürfe als „Spinnereien“ und „Rache“ von Gemeindeangestellten abgetan, von denen er sich wegen beruflicher

Verfehlungen trennen musste. Der Anwalt der beiden Klägerinnen soll allerdings über vier weitere, gleich gelagerte Zeugenaussagen verfügen, die sich aber auf Vorfälle beziehen, die inzwischen verjährt sind. „All diese Vorwürfe werden sich als haltlos herausstellen“, beteuerte Tron noch kürzlich, meinte aber: „Das wird lange dauern, und ich möchte keine Last für die Regierung darstellen“.

Tatsächlich dürfte Präsident Nicolas Sarkozy auf eine schnelle Entsorgung von Tron gedrungen haben. Der bürgerliche Staatschef hat zwar bisher in der Öffentlichkeit die extremste Zurückhaltung bezüglich des Skandals um Strauss-Kahn geübt, hinter den Kulissen herrscht aber im Umkreis von Sarkozy Jubelstimmung darüber, dass er jetzt seinen gefährlichsten sozialistischen Rivalen für die Präsidentenwahlen 2012 losgeworden ist. Im vertrauten Kreis meinte Sarkozy, die Linksopposition könne sich jetzt nicht mehr als „moralische Instanz“ gebärden. Diesen vermeintlichen Vorteil will Sarkozy nicht wegen eines Staatssekretärs aufs Spiel setzen.

DANNY LEDER, *PARIS*